

07-08
14**DIE LINKE**

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Sommer 2014

Stadträtin Dr. Kris Kaufmann im Gespräch zu dringenden Fragen der Dresdner Stadtentwicklung

Kein Weiter so!

In der letzten Ratssitzung der Wahlperiode standen die Bebauungspläne der umstrittenen Hafencity und Marina Garden auf der Tagesordnung des Stadtrates. Welche Gefahr lauert in dieser Eilbehandlung durch den Stadtrat?

Schnellschüsse bergen per se Gefahren. Bei diesen konkreten Vorgängen wollte die CDU-geführte Verwaltung schlicht mit scheidenden Mehrheiten und der Aufstellung von zwei Bebauungsplänen für Wohnzwecke in festgesetzten Überschwemmungsgebieten Tatsachen schaffen. Ein Aufstellungsbeschluss in unmittelbarer Elbnähe scheiterte. Das Investitionsprojekt welches unter dem Namen ‚Marina Garden‘ bekannt wurde, liegt in Teilen im Ortsamtsbereich Pieschen. Der Ortsbeirat wurde bewusst außen vor gelassen. Dieser bereits im Fachausschuss durch DIE LINKE im Protokoll festgehaltene Tatbestand führte dazu, dass die Vorlage durch die Verwaltung zur Ratssitzung selbst zurückgezogen wurde. Quasi wegen eines Formfehlers. Ich gehe davon aus, dass es unter veränderten Mehrheiten zu keinem erneuten Versuch kommen wird, einen Aufstellungsbeschluss mit dem Schwerpunkt ‚Wohnen‘ an dieser Stelle zu fassen. Eine Bebauung nach § 34 Baugesetzbuch, nachdem sich die Investition in die umgebende Bebauung einfügen muss und das, wie es die Investorin wünscht, vollkommen weisungsfrei, halte ich für rechtlich nicht haltbar. Es gibt keine Referenzobjekte, die eine vier- oder sechsgeschossige Bebauung zulassen würden.

Die Gefahr des formell zum Aufstellungsbeschluss gebrachten Bebauungsplanes ‚Hafencity‘ ist dagegen realer. Trotzdem es auch hier ein grundsätzliches Verbot der Neuausweisung von Baugebieten in Überschwemmungsgebieten gibt, sind CDU und leider auch SPD-Kollegen entschlossen, ein Wohnen im Wasser formell auf den Weg zu bringen. Ich halte ein „Weiter wie bisher“ an dieser Stelle für höchst gefährlich und aus Sicht gesamtstädtischer Interessenslagen fragwürdig. Nicht nur das wir erneut städtischen Überschwemmungsraum vernichten, auch die Ostrainsel – übrigens selbst ein Schwemmkegel – auf der anderen Seite der Elbe sowie Unterrainer dürften mit neuen Strömungssituationen und Wasserhöhen konfrontiert sein. Als Notwendigkeit einer Eilbehandlung wurde hier ein Gebietsschutz für Hochwasser und eine auslaufende Veränderungsperre, die eine Tankstelle an

der Leipziger Straße verhindern soll, genannt. Wir sehen durchaus die Notwendigkeit eines Gebietsschutzes, der übrigens ausschließlich der Sicherung bereits bestehender und keineswegs geplanter Bebauung zu dienen hat. Insgesamt gibt es die eindeutige Information, dass das Land als Finanzier des Gebietsschutzes zeitnah kein Geld bereitstellen wird. Eine wirkliche dringliche Notwendigkeit zur Aufstellung gibt es aus unserer Sicht nicht. Eine Tankstelle im Überflutungsbereich zu genehmigen, wäre zudem fahrlässig.

Werden damit vollendete Tatsachen geschaffen, was die Bebauung im Hochwassergebiet betrifft?

Ja! Ein Bauleitplanverfahren hat zwar mehrere Stufen, aber zumindest im Bereich des Neustädter Hafens wurde der erste Schritt ohne die Stimmen der Linken getan – übrigens ein Jahr nachdem das letzte große Hochwasserereignis einen Aufstellungsbeschluss verhinderte. Hier hatte auch Sachsen ein direktes Interesse daran, das Gebiet zum Baugebiet zu erklären. Ein landeseigenes Unternehmen veräußerte seine Flächen als Wohnbauland an USD – man rechnet mit Schadenersatzforderungen, sollte ein Bauen nicht möglich sein. Während anfangs ein klares Nein aus der Landesverwaltung zu hören war, steht der Investition nun aus Landessicht nichts mehr im Wege...

Dresden leidet unter akuter Wohnungsnot und steigenden Mieten, weshalb die Bedenken bei diesen beiden Bebauungsprojekten?

Wir freuen uns über jede neue Wohnung, die in Dresden entsteht. Dennoch lehnt es DIE LINKE ab, im Überflutungsgebieten ein ‚Attraktives Wohnen‘ auszurufen. Man stelle sich vor, ausgerechnet hier soll mit Hilfe öffentlicher Planungsgelder ein Wohngebiet auf den Weg gebracht werden, was mehr Risiken als Chancen sowohl für spätere Nutzer als auch für die Stadt insgesamt birgt. Bezahlbaren Wohnraum zu schaffen ist seit langem eine der zentralen Forderungen der LINKEN in Dresden. Aber nicht zu jedem Preis!

DIE LINKE brachte nun den Antrag ein, eine Mietpreisbremse in Dresden einzuführen. Welche Effekte hätte diese für Mieterinnen und Mieter?



Foto: PR

Bei einer Mietpreisbremse ist der Name Programm: Unser Antrag fand übrigens eine Mehrheit im Rat. Wir nähern uns der Chance, dass Bestandsmietern nicht mehr wie aktuell möglich aller drei Jahre die Miete ohne Wohnwertverbesserungen um bis zu 20 % erhöht wird. Die Verwaltung wird sich nun beim Land dafür einsetzen müssen, dass es ‚nur noch‘ 15 % sind! Bei einer Kaltmiete von 250 Euro dürfen damit anstelle von max. 50 Euro ‚nur‘ noch 35,7 Euro pro Monat aller drei Jahre erhöht werden.

Sachsens Innenminister Ulbig ist auf den LINKEN-Zug aufgesprungen und spricht von einem bundesweiten Bündnis für Wohnen, um preisgünstigen Wohnraum zu schaffen – mithilfe von Fördermitteln, aber ohne kommunales Wohnungsunternehmen und Mietpreisbremse. Deine Meinung dazu?

Leider nichts als heiße Luft. Ulbig arbeitet geschickt mit schönen Presseblasen in der Hoffnung, dass sie erst nach der Landtagswahl platzen. Sachsen erhält seit vielen Jahren jährlich 58 Mio. Euro für Wohnungspolitik seitens des Bundes. Dieses Geld wird vornehmlich für Eigentums- und Abrissförderung ausgegeben. Ein Bündnis für bezahlbares Wohnen jedenfalls sieht anders aus. Seit dem Jahr 2.000 wurde keine einzige Mietwohnung mehr mit sächsischen Fördergeldern errichtet.

Du bist seit vielen Jahren die Expertin für sozialen Wohnungsbau und Stadtentwicklung. Worin siehst Du die notwendigen Ziele einer zukünftigen Wohnungspolitik in Dresden?

Wir brauchen nachhaltig bezahlbaren, bedarfsgerecht gestalteten Wohnraum mit Schwerpunkt im Mietbereich. Je mehr Menschen in unserer Stadt leben wollen, desto drängender wird auch die Notwendigkeit des qualitativen und des quantitativen Gestaltens des Wohnungsmarktes.

Am 31. August wird der neue Landtag gewählt. Welche wohnungspolitischen Aufgaben müssen auf Landesebene gelöst werden, um auf die Situation in Dresden Einfluss zu nehmen?

Wir brauchen endlich eine Wohnungspolitik, die diesen Namen verdient. Ich möchte für ein sächsisches Wohnungsbaufördergesetz streiten, das sowohl regionalisierte Lösungen anbietet als auch den Anspruch hat, dafür Sorge zu tragen, dass Wohnen auch morgen noch bezahlbar und generationengerecht ist. Für mich sind öffentliche Wohnungsunternehmen und Genossenschaften wichtige Garanten für nachhaltige Entwicklungen. Sie gilt es zu erhalten und zu fördern.

Danke für das Gespräch!

Fragen: Max Kretzschmar

Gunild Lattmann und Katrin Mehlhorn prägten fünf Jahre lang die Politik unserer Frakti-

Wir sagen sehr herzlich: Danke!

Sie wollte es noch einmal wissen und sie hat es allen bewiesen. Sie ist und bleibt eine Persönlichkeit der Dresdner Kulturszene, ob als Theaterintendantin, als Landtagsabgeordnete (1994 – 2004) oder als Stadträtin (1990-1994 und 2009-2013). Gunild Lattmann verlässt mit ihrem Ausscheiden aus dem Dresdner Stadtrat die politische Bühne, jedoch nicht das Kulturleben, um im letzten Lebensabschnitt mehr Zeit für sich und ihre große Familie zu haben. Geboren 1936 in Potsdam, kam sie 1959 nach Sachsen an die Theaterhochschule „Hans Otto“ in Leipzig. Von dort startete sie nach dem Studium als Dramaturgin am Dresdner Theater Junge Generation, dessen Intendantin sie von 1976 bis 1996 war. Zwischenstationen waren neben der Chefdramaturgie der Dresdner Staatsoperette die Städtischen Theater im damaligen Karl-Marx-Stadt. Aufgewachsen mit den Erfahrungen der Kriegsgeneration war ihr neben der Kultur und Kunst ein angemessener Umgang mit dem Thema Antifaschismus und kulturelles Erbe der DDR wichtig. Gunild Lattmann war ein Aushängeschild der LINKE-Fraktion im Stadtrat in den letzten fünf Jahren und sie ist eine anerkannte Kulturexpertin, die zuhören kann, Argumente ihres Gegenübers ernst nimmt und sich laut einmischt, wenn es der Sache dient. Geprägt von ihrer Zeit



Foto: Uwe Fölkner / VOX

als Dramaturgin an der Operette und am TJG setzte sie sich seit ihrer Wahl 2009 in den Dresdner Stadtrat für den Neubau der Häuser für beide Theater im Kraftwerk Mitte und als Mitglied der Kunstkommission für die Förderung der Bildenden Kunst im öffentlichen Raum ein. Ein besonderes Verdienst ist ihr Eintreten für den zeitgenössischen Tanz und die Förderung der Freien Szene rund um das Tanznetz Dresden. Die Fußstapfen, die sie in der Fraktion hinterlässt, sind groß, die durch Gunild Lattmann mit initiierten Kulturprojekte in der Stadt gilt es fortzuführen.

Dass Sozialpolitik ein Thema der LINKEN ist, ist hinlänglich bekannt. Dem Sozialen aber ein Gesicht und eine Stimme auf kommunaler Ebene zu verleihen, obwohl die Sozialgesetzgebung auf Bundesebene stattfindet, ist eine besondere Herausforderung. Katrin Mehlhorn rückte im September 2010 für Klaus Sühl in den Dresdner Stadtrat nach und gab der Sozialpolitik der Fraktion neue Impulse. Politische Erfahrung brachte die diplomierte Verwaltungswirtin und Politikwissenschaftlerin bereits aus dem Ortsbeirat Dresden-Neustadt mit, in dem sie DIE LINKE von 2004 bis 2009 als Parteilose vertrat. Als Mitbegründerin des bundesweiten Netzwerkes Grundeinkommen nutzte sie die Gelegenheit, Sozialpolitik im Interesse der Benachteiligten, der Geringverdiener und von Armut Betroffenen anzuwenden. Für die Einführung eines Sozialtickets kämpfte sie erfolgreich im Dresdner Stadtrat. Die Einrichtung einer Ombudsstelle im Jobcenter wurde durch die konservative Mehrheit des alten Stadtrates noch verhindert und muss durch ihre Nachfolger in der neuen Fraktion vorangetrieben werden.

Die Gründung einer Kulturloge für Dresden, mit deren Hilfe Einkommensarme in den Genuss von Kunst und Kultur kommen, war ihr hingegen dank konti-



Foto: Max Kretzschmar

nuierlicher Netzwerkarbeit gelungen. Katrin Mehlhorn hat gemeinsam mit Hans-Jürgen Muskulus linke Sozialpolitik im Dresdner Stadtrat glaubhaft vertreten.

Auch wenn Katrin Mehlhorn nicht noch mal zur Kommunalwahl angetreten ist, wird sie unsere Fraktion hier in Dresden weiterhin kommunalpolitisch unterstützen: Seit langem lebt sie in der Dresdner Neustadt und wird ab September den Ortsbeirat im alternativen Viertel verstärken. Wir freuen uns darauf!

Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten – Heute: Klotzsche

Ende gut, aber nicht alles gut

Es ist auch für den Klotzscher Ortsbeirat eine besondere Sitzung: Die 49. war die letzte in der zu Ende gehenden Wahlperiode. Und die Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte konnten, wie ihre Amtsbrüder und -schwestern in den anderen Stadtteilen und Ortschaften wohl auch, am Schluss eine gute Bilanz ihres ehrenamtlichen Wirkens in den vergangenen Jahren ziehen. Übrigens ein verständlicher Grund für ein hoffentlich geselliges Zusammenbleiben im nichtöffentlichen Schlußteil der letzten Sitzung.

Der erste Tagesordnungspunkt verdeutlichte dies. Es ging um eine neue Feuer- und Rettungswache im Dresdner Norden, ein Anliegen, das über lange Zeit verfolgt worden war. An der Travemünder Straße soll das neue Domizil der Hellaer und Klotzscher Feuerwehrleute entstehen, und allgemeine Zufriedenheit herrschte darüber, dass sich die beiden Vereine auf den Zusammenschluss und den Namen Klotzscher Wache einigen konnten. Dafür finden die Feuerwehrleute für ihren so wichtigen ehrenamtlichen, nebenberuflichen Dienst im künftigen Objekt auch sehr gute Bedingungen vor; speziell auch für das Training. „Feuerwehr ist Training“, sagte der Chef des Dresdner Feuerwehr- und Rettungsamtes, Herr Rümpel. „Eine Feuerwehr ist nur so gut, wie sie trainiert.“

Eindrucksvoll schilderte er im Ortsbeirat Aufgaben, Leistungen, Strukturen und Ausstattung des Dresdner Rettungswesens, das für die Sicherheit in der flächenmäßig viertgrößten Stadt



Foto: Rudolpho Duba, pixelto.de

Deutschlands und in den umliegenden Landkreisen sorgt. Schwierig war es, den geeigneten Standort für die neue Feuerwache im Dresdner Norden zu finden. 14 Grundstücke standen zunächst zur Wahl. Am Ende habe man sich an der Travemünder Straße „festgebissen“, unter anderem auch deswegen, weil Wohnbebauung in der Nähe vorgesehen ist, und das heißt: Hier leben junge Dresdnerinnen und Dresdner, die als Feuerwehrleute beim Alarm schnell in ihren Rettungsfahrzeugen sitzen und losfahren können. Stolz sprach der Chef über das „sensationelle“ Durchschnittsalter von 35 Jahren bei den Freiwilligen Feuerwehren in Dresden. Die Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte hatten einige

Sachfragen: Zum früher üblichen, aber nicht geplanten Turm zum Schläuchetrocknen, zu einer eventuellen Lichtsignalanlage, zur wohl bevorstehenden Umstellung auf Digitalfunk usw. Am Ende war klar: Man freut sich über das Vorhaben. Baubeginn im Frühjahr 2015 - Fertigstellung ein reichliches Jahr später.

Weniger erfreulich war die Situation beim zweiten Tagesordnungspunkt, der nach einer Vertagung aus der vorigen Sitzung anstand: Die Ereignisanalyse zu den Hochwassern 2013. Hier wollten die Klotzscherinnen und Klotzscher einen kompetenten Vertreter des Umweltamtes in ihrem Rathaus zur Debatte begrüßen. Mehrere entsprechende Vorstöße blieben erfolglos: Von diesem Amt kam niemand.

„Was wir hier entscheiden, spielt offensichtlich sowieso keine Rolle“, „Unverständlich, wie man mit dem Ortsbeirat umgeht“, hieß es. Die Vorlage wurde ohne Debatte mehrheitlich abgelehnt.

Und ähnlich verhielt es sich beim nächsten heiß diskutierten Thema, wobei auch Besucherinnen und Besucher zum Rederecht kamen. Es ging um notwendige Baumaßnahmen und zeitweilig notwendige Auslagerung an der 85. Grundschule und der 82. Oberschule. Es ging um die beste Lösung für die Schülerinnen und Schüler bei Beachtung der sich abzeichnenden Not an Räumen, um die Länge von Schulwegen, um Alternativvorschläge zu den jetzt geplanten Maßnahmen, die wenigstens geprüft werden sollen.

Dazu wurde dann im Rat ein Prüfungsersuchen an die Oberbürgermeisterin formuliert und beschlossen. Aber im Kern geht es auch hier um das Verhältnis zwischen städtischen Ämtern und Behörden und dem Ortsbeirat Klotzsche, der sich mit seinen Anliegen nicht richtig wahrgenommen fühlt. Und so geht das Thema unvollendet an den neugewählten Ortsbeirat über...

Da wird einige Zeit vergehen bis zur ersten Sitzung. Zeit, die auf städtischer Ebene wohl genutzt werden muss für die Interessen von Klotzscher Schülerinnen und Schülern, aber auch für Überlegungen zur Rolle der Ortsbeirätinnen und Ortsbeiräte.

Peter Rosse

Bibliotheksentwicklungsplan

Städtische Bibliotheken als Bittsteller

von Annetrin Klepsch

Wenn jährlich der Deutsche Bibliotheksindex (BIX) veröffentlicht wird, haben Oberbürgermeisterin und Kulturbeigeordnete seit Jahren regelmäßig einen Grund zum Feiern. Die Städtischen Bibliotheken Dresden, eine kommunale Kultureinrichtung und ein eigenes Amt im Amt für Kultur und Denkmalschutz, sind Spitzenreiter hinsichtlich der Besucherzahlen und der Entleihungen. Allerdings trägt wie so oft der schöne Schein. Analog zum ständigen Pisa-Sieger Sachsen mit 10 Prozent Jugendlichen ohne Schulabschluss glänzt bei der Dresdner Stadtbibliothek die Fassade, während es dahinter bröckelt, wie im aktuellen Bibliotheksentwicklungsplan nachzulesen ist. Für diese Diskrepanz trägt jedoch nicht der Bibliotheksdirektor, Prof. Arend Flemming, die Verantwortung, sondern die Oberbürgermeisterin. Der Dauererfolg der Städtischen Bibliotheken ist mit viel Fleiß, Selbstaubeutung und Ideenreichtum der Mitarbeiterschaft sowie bester Vernetzung des Direktors erarbeitet.

In einer Stadt, deren Bevölkerungszahl seit Jahren wächst, deren Anteil an Kindern und Senioren steigt, darf die Bibliothek nicht mitwachsen. Zwar wurde der jahrelange Personalabbau seit 2011 nicht mehr fortgeführt, jedoch stehen 182 Personalstellen im Jahr 2010 nur noch 160 Personalstellen im Jahr 2013 gegenüber. Seit Monaten sind 4,6 Vollzeitstellen laut Bibliotheksentwicklungsplan unbesetzt, weil das Geld zur Wiederbesetzung im städtischen Haushalt nicht vorhanden ist. Der durch Eingemeindungen und Zuzug größer gewordenen Stadt steht eine personell geschrumpfte und

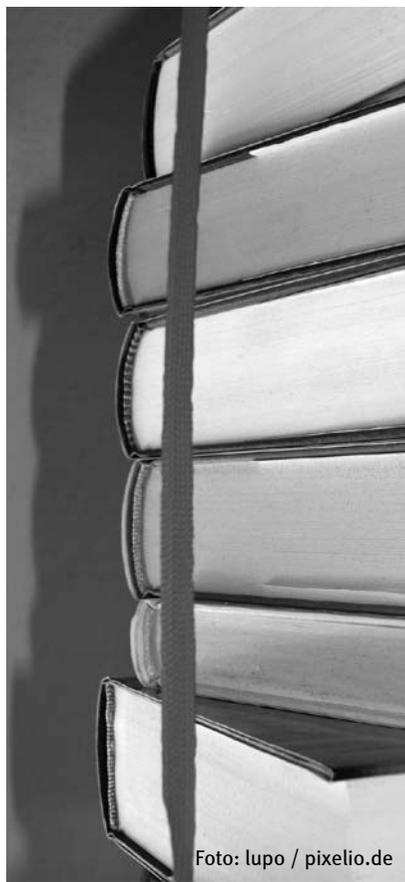


Foto: lupu / pixelio.de

technisch halbierte Fahrbibliothek gegenüber. Statt zwei Fahrzeugen ist seit drei Jahren nur noch ein Fahrzeug übrig, welches das zusammengestrichene Bibliotheks-Haltestellennetz anfährt. Der Verweis auf die erfolgreich laufenden Projekte „Lesestark!“ und Bücherhausdienst für Senioren verdeutlicht die

schwierige Situation. Denn das „Lesestark!“-Projekt konnte und musste ausschließlich mit Geldern einer Schweizer Stiftung finanziert werden und der Bücherhausdienst läuft im Ehrenamt.

Während der Entwurf des Bibliotheksentwicklungsplanes für die Jahre 2014 bis 2017 zwischen den Zeilen die Mangelsituation illustriert, war die Beschlussvorlage der Oberbürgermeisterin, die Situation zur Kenntnis zu nehmen und so fortzuschreiben, ein Armutszeugnis in einer wohlhabenden Stadt. Doch die Mitglieder der Ortsbeiräte und Ortschaftsräte waren klug und haben in ihren Beschlüssen zum Bibliotheksentwicklungsplan Ergänzungen formuliert, die die Problemlagen aufgreifen und durch den Kulturausschuss in der Juli-Beratung übernommen wurden: die Abschaffung der Gebühren für Jugendliche, die Bereitstellung von 265.000 Euro für die Erneuerung des Sattelauflegers der Fahrbibliothek und die Entfristung und Ausweitung der durch Drittmittel finanzierten Koordinierungsstelle im Lesestark!-Projekt. All das wird die Städtischen Bibliotheken nicht in ein Goldenes Zeitalter versetzen, jedoch erste minimale Verbesserungen bringen, die durch die Haushaltsplanung für die Jahre 2015/16 ergänzt werden müssen. Außerdem schlägt der Kulturausschuss eine Gültigkeit des Bibliotheksentwicklungsplanes nur bis 2016 vor, damit in der Beratung des nächsten städtischen Doppelhaushaltes die Fragen des Umzugs der Hauptbibliothek in den Kulturpalast und die Umzüge der Stadtteilbibliothek Plauen besser berücksichtigt werden können.

Links in der Neustadt

von Kristin Hofmann

Im letzten Monat hat sich der Ortsverband Neustadt neu aufgestellt und die OrtsbeirätInnen für die neue Wahlperiode benannt. Erfreulicherweise haben wir durch das gute Wahlergebnis nun drei statt bisher zwei VertreterInnen im Ortsbeirat. Bei dem Treffen kamen natürlich auch Ideen auf, wo man bei der Stadtverwaltung einmal nachhaken könnte. So z.B. zum Zustand des Brunnens rechts des Goldenen Reiters. Die verantwortliche Sachgebietsleiterin „Spielplätze für wassertechnische und bauliche Anlagen“ antwortete auf eine Anfrage prompt, aber leider nicht zufriedenstellend: „Der östliche Brunnen am Neustädter Markt ist seit dem Hochwasser 2002 außer Betrieb. Der Baukörper befindet sich in einem so desolaten Zustand, dass dieser komplett erneuert werden muss. Hinzu kommen noch die springbrunnentechnischen Installationen von großem Umfang. Die Kosten für die Sanierung liegen insgesamt bei mindestens 550 TEUR, die wir derzeit nicht in unserem Haushalt zur Verfügung haben. Spendenaufrufe blieben bisher leider ohne Erfolg. Wir bedauern, dass wir Ihnen keine erfreulichere Information geben können.“

Wir bleiben am Ball! Das Thema Umgestaltung des Tunnelareals ist eng verbunden damit, Stichwort DDR-Architektur. Wenn Ihr ähnliche Fragen habt, dann wendet Euch doch an Eure OrtsbeirätInnen, die diese Fragen gern und zuverlässig an die Stadtverwaltung stellen. Oft passiert es, dass man dadurch auf offene Baustellen, im wahrsten Sinne des Wortes, trifft. Wir OrtsbeirätInnen danken für die Zuarbeit und die Anregungen!

3.200 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer gesucht

Für einen reibungslosen Ablauf der Landtagswahl 2014 werden 360 Wahlvorstände in den Wohngebieten sowie 106 Briefwahlvorstände im Rathaus sorgen. Die Wahlvorstände leiten in den Wahlbezirken die Wahlhandlung und stellen das Ergebnis im Wahlbezirk fest. Zu einem Wahlvorstand gehören der Vorsitzende, sein Stellvertreter und vier bis fünf Beisitzer.

Für die Mitarbeit in den Wahlvorständen sucht die Landeshauptstadt Dresden ca. 3.200 ehrenamtliche Wahlhelfer. Wahlhelfer müssen wahlberechtigt sein, d. h. sie müssen am Wahltag mindestens 18 Jahre alt sein, Deutsche im Sinne des Artikel 116 Abs 1 des Grundgesetzes, sie müssen seit mindestens drei Monaten im Freistaat Sachsen eine Wohnung innehaben oder sich gewöhnlich aufhalten und sie dürfen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sein. Bei einem erstmaligen Einsatz wird man als Beisitzer berufen um den Ablauf im Wahllokal kennenzulernen. Mit diesen Voraussetzungen kann man sich bei den nächsten Wahlen und Abstimmungen auch als Stellvertreter oder Vorsitzender bewerben.

Die Wahlräume sind am Wahltag von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Allerdings müssen nicht alle Mitglieder des Wahlvorstandes die gesamte Zeit anwesend sein. Der

Landtagswahl

31. August

Infos unter 4 88 11 18 oder
www.dresden.de/wahlhelfer

Wahlhelfer gesucht

Erfrischungsgeld wird
je nach Funktion gezahlt.

Grafik: LH Dresden, Bürgeramt

Vorsitzende kann einen Schichtbetrieb organisieren. Ab 18 Uhr beginnt die Auszählung der Stimmen, dabei sollte der Wahlvorstand vollzählig anwesend sein. Die Briefwahlvorstände beginnen ihre Arbeit 15:30 Uhr im Rathaus.

Für krankheitsbedingte Absagen am Wahltag werden auch Wahlhelfer für die Wahlhelferreserve gesucht. Diese halten sich am Wahltag in telefonischer Bereitschaft oder finden sich im Rathaus ein und werden bedarfsabhängig

nach vorheriger Absprache eingesetzt. Die Wahlhelfer erhalten je nach Einsatz und Funktion ein Erfrischungsgeld von 20 bis 50 Euro. Die Vorsitzenden und deren Stellvertreter erhalten eine ca. zweistündige Schulung für ihre Tätigkeit.

Interessierte können sich ab sofort zu den Dienstzeiten (montags bis freitags 9 bis 12 Uhr, montags, mittwochs und donnerstags 13 bis 16 Uhr, dienstags 13 bis 18 Uhr) bei der Arbeitsgruppe Wahlhelfer (Sitz: Theaterstraße 11-15, Zimmer 504/506) melden. Vorzugsweise kann die Bereitschaftserklärung unter www.dresden.de/wahlhelfer online ausgefüllt werden. Bei einer formlosen schriftlichen Anmeldung sollten folgende Angaben enthalten sein: Name, Vorname, Anschrift, gewünschte Funktion im Wahlvorstand, Einsatzort, Telefon oder E-Mail. Die Postanschrift hierfür lautet: Landeshauptstadt Dresden, Bürgeramt, AG Wahlhelfer, Postfach 12 00 20, 01001 Dresden. E-Mail: wahlhelfer@dresden.de, Telefon (0351) 488-1118, Fax: (0351) 488-5883. Spezielle Einsatzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

(Pressemitteilung des Bürgeramtes der Landeshauptstadt Dresden vom 16. Juli 2014)

Wir haben Agrarindustrie satt! Für gutes Essen und zukunftsfähige Landwirtschaft. in Sachsen.

Hallo liebes Schwein, liebe Henne!

von Dr. Margot Gaitzsch

„Wir“ waren am Samstag, dem 5. Juni ca. 3.000 Menschen aus Dresden und ganz Sachsen, die dem Aufruf zur Demonstration gegen die Agrarindustrie gefolgt waren. Aufgerufen hatte „Meine Landwirtschaft Sachsen“ — ein Zusammenschluss zahlreicher Verbraucher- und Erzeugerverbände, Umwelt- und Naturschutzvereine und Bürgerinitiativen. DIE LINKE war unübersehbar dabei. Leider ist dieser Protest auch anschlussfähig für Faschistinnen und Faschisten, die ja das Nationale hochhalten. Aufmerksamkeit ist also geboten.

Wichtig und notwendig bleibt das Thema auch aus der Sicht der Dresdnerinnen und Dresdner. Mit ca. 550 000 Einwohner_innen lebt eine reichliche halbe Million Verbraucher_innen hier.

In Sachsen werden knapp 700.000 Schweine gehalten – nur 700 davon le-

ben unter freiem Himmel. Viele der übrigen fristen ihr Dasein in gigantischen Tierfabriken. Dabei muss jedes Schwein auf der Fläche einer halben Telefonzelle leben. Tierleid, Gestank, Belastung des Grundwassers, massenhaft Tiertransporte, Antibiotika im Fleisch – bisher zählt das in Sachsens Landespolitik weniger als die Interessen einiger weniger Agrarkonzerne. Der sächsische Agrarminister Frank Kupfer setzt sich für die Ansiedlung neuer Megaställe ein.

Megaställe sind kein Schicksal – sie können politisch verhindert werden. 2012 konnten mit einer Kampagne wichtige Änderungen im Baurecht erreicht werden. Die nächste Forderung richtet sich auf die Verschärfung der Tierschutzgesetze, um Massentierhaltung zu erschweren. Strengere Umweltschutzaufgaben wiederum können die betroffenen Regionen vor Schadstoffbe-



Foto: Veranstalter

lastung schützen – und Megaställen einen Riegel vorschieben. Das schützt die Tiere, die Umwelt und uns Menschen.

Wer das nicht möchte, muss ja nicht auf Fleisch oder Wurst ganz verzichten. Jede und jeder sollte aber wissen: Wer viel Fleisch isst, verursacht deutlich mehr Treibhausgas-Emissionen als diejenigen, die kaum oder gar kein Fleisch konsumieren. Noch weniger Treibhausgase entstehen bei veganer Ernährung: Nimmt man täglich 2.000 Kalorien zu sich, verursacht überwiegend fleischhaltige Ernährung 2,5-mal so hohe Emissionen wie vegane Lebensweise. Bereits ein eingeschränkter Fleischverzehr würde den Ausstoß deutlich senken, das geht aus einer Studie der Universität Oxford hervor, bei der die Essgewohnheiten von 65.000 Briten untersucht wurden. Neu ist die Erkenntnis der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen nicht, aber die neue, frei zugängliche Studie nennt erstmals präzise Zahlen zu den Emissionen von unterschiedlichen Ernährungsstilen.

Nur 60 Gramm Fleisch am Tag: Damit ließen sich so viel Treibhausgase einsparen, wie ein Flug nach New York verursacht.

Im internationalen Vergleich kommt auch bei den Deutschen noch viel Fleisch auf den Teller: Fast 58 Kg pro Kopf und Jahr, mehr als 14 Kilogramm über dem Weltdurchschnitt. Laut dem sog. Fleischatlas der Heinrich-Böll-Stiftung und des BUND ernähren sich nur drei Prozent der Deutschen vegetarisch. Hoher Fleischkonsum lässt nicht nur die Treibhausgasemissionen steigen, sondern führt dem Atlas zufolge auch zu einer Industrialisierung der Landwirtschaft, in der wenige internationale Konzerne den Markt dominieren. In Deutschland wird mittlerweile immer mehr Schweinefleisch produziert, das nicht verbraucht wird: Im ersten Halbjahr des vergangenen Jahr wurden vier Millionen Tonnen Fleisch verarbeitet. Das ist mehr als die Deutschen essen. Der produzierte Fleischüberschuss wird exportiert – u. a. die Online-Ausgabe der Süddeutschen Zeitung veröffentlichte am 10. Januar 2013 dazu Zahlen unter der Überschrift „Deutschland, die Billgfleisch-Weltmacht“. Mit unserem Konsumverhalten kurbeln wir also nicht nur die Agrarfabriken in Deutschland an, sondern schicken Antibiotikarreste in Wurst und Fleisch um die Welt. Na dann – Guten Appetit!



Foto: Tim Reckmann / pixelio.de

Kriegerdenkmal und Zeitgeschichte

von Andreas Naumann

Der Begriff Mahnmal ist noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts nicht gebräuchlich. Das Wort Denkmal übernimmt zu dieser Zeit dessen Funktion mit. Denkmäler, die im römischen Reich lateinisch Monumente genannt wurden, hatten die Aufgabe, das Andenken an Personen oder besonderer Ereignisse dauerhaft zu erhalten.

Seit der Neuzeit unterscheidet man drei Arten von Denkmälern, nämlich Grabdenkmäler, Ehrendenkmäler und Denkmäler für Kriege, Schlachten, Friedensschlüsse oder andere denkwürdige Ereignisse.

Nach dem Krieg von 1870/71 sind besonders in Deutschland und Frankreich zahlreiche Denkmäler zur Erinnerung an die gefallenen Krieger errichtet worden. Eine Tradition, die im 1. Weltkrieg ihren Höhepunkt erreichte. Es gibt fast keine Stadt, kein Dorf welches kein Denkmal zu Ehren der gefallenen Soldaten aus diesem Krieg hatte. Das begründet sich u.a. mit dem Kult und der Begeisterung, womit diese armen Menschen in den Heldentod getrieben wurden.

Mit der Abscheu und der Kenntnis über die sinnlos geopfert Soldaten, verschwand mit der Zeit auch der Kult für die heldenhaft Gefallenen.

Die erhalten gebliebenen, heute kaum noch beachteten Kriegerdenkmäler erfüllen in unserer Zeit eher die Funktion eines Mahnmals — „Nie wieder Krieg!“, was sich schon mit dem Alter der gefallenen Rekruten begründet. Die meisten von ihnen sind nicht mal 30 Jahre alt geworden.

Als Folge des bis dahin schlimmsten dieser Kriege ist 1949 die DDR entstanden, die in ihrer kurzen Existenz an keinem Krieg beteiligt war und darum auch keine Denkmäler für Kriege und Schlachten errichten brauchte. Sehr wohl aber Mahnmale gegen Krieg und für die mit ihm verbundenen Opfer.

In Klotzsche gibt es nun aber ein Denkmal, das die Gefallenen des 1. Weltkrieges und die Millionen Opfer des 2. Weltkrieges sowie Opfer der DDR in einem Gedenkstein zusammenfasst und aus drei völlig unterschied-



Das Denkmal mit der Inschrift steht am Boltzenhagener Platz

Foto: Andreas Naumann

lichen Zeitepochen eine (!) macht, völlig undifferenziert und ohne jeden geschichtlichen Zusammenhang.

Dieses Denkmal mit Tafel gehört zu keiner der drei Arten von Denkmälern und ist auch kein Mahnmal, es ist einfach nur geschichtlich falsch und vermittelt niemandem das Andenken an auch nur eine der zu ehrenden Per-

sonen. Es ist nur von Hass geprägt. Erstaunlich ist, dass die Mitglieder der LINKEN in diesem Stadtteil diese Art der Geschichtsdarstellung einfach so hinnehmen. Vielleicht liegt es daran, daß diese Art Kriegerdenkmäler heute endlich bedeutungslos geworden sind, samt ihres fragwürdigen Inhalt.